

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1981 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1981 — BBVAnpG 81)

— Drucksachen 9/557, 9/815 —

Bericht der Abgeordneten Gerster (Mainz), Kühbacher und Gärtner

Mit dem Gesetzentwurf werden die Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse zum 1. Mai 1981 linear um 4,3 v. H. angehoben. Für die Monate März und April 1981 wird eine einmalige Zahlung von 120 DM gewährt. Die Bezüge des genannten Personenkreises sind inzwischen abschlagsweise auf die neuen Sätze entsprechend der Anlagen in der Drucksache 9/557 angehoben worden.

Der Gesetzentwurf führt zu jährlichen Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte, und zwar für 1981 insgesamt 3 944 300 000 DM. Davon entfallen auf den Bundeshaushalt 766 700 000 DM.

Für die Folgejahre ab 1982 sind die Mittel in Höhe von 4 745 600 000 DM insgesamt und davon auf den

Bundeshaushalt entfallen 901 500 000 DM entsprechend fortgeschrieben. Die den Bundeshaushalt belastenden Mittel sind im Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1982 enthalten. Auf die in der Anlage beigefügte Kostenaufteilung des Entwurfs des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1981 wird Bezug genommen.

Die vom federführenden Innenausschuß empfohlene Einfügung des § 8 a in Abschnitt III — Schlußvorschriften wegen der Verlängerung der Übergangsregelung für Stufenlehrer — ist hinsichtlich der Terminverschiebung als solche kostenneutral.

Der Gesetzentwurf wird mit der Haushaltslage des Bundes für vereinbar erklärt.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Innenausschuß vorgeschlagenen Beschlußempfehlung.

Bonn, den 11. November 1981

Der Haushaltsausschuß

Haase (Kassel)	Gerster (Mainz)	Kühbacher	Gärtner
Vorsitzender	Berichterstatter		

Anlage

Kosten des Entwurfs des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1981
(Drucksache 9/557)
 — in Mio. DM —

Inhalt des Gesetzentwurfs	Bund		Nachrichtlich			
			Bahn		Post	
	Jahres- betrag	1981	Jahres- betrag	1981	Jahres- betrag	1981
I. Regierungsentwurf Drucksache 9/557						
1. Erhöhung von Grundgehalt, Ortszuschlag, Amtszulagen ab 1. Mai 1981, der Anwärterbezüge ab 1. März 1981 um 4,3 v. H.						
a) Dienstbezüge, Anwärterbezüge — Obergruppe 42 —	506,3	351,1	258,4	179,4	393,1	272,8
b) Versorgungsbezüge — Obergruppe 43 —	395,2	273,6	223,0	154,4	131,7	91,2
2. Einmalzahlung für die Monate März und April 1981 von je 120 DM						
a) Aktive		89,3		44,0		71,6
b) Versorgungsempfänger		52,7		37,8		23,4
Jahresbetrag	901,5	—	481,4	—	524,8	—
Belastung für 1981	—	766,7	—	415,6	—	459,0

Nachrichtlich								Insgesamt	
Bund, Bahn, Post zusammen		Länder und Stadtstaaten		Gemeinde, Gemeindeverbände		Sonstige (Soz. Vers.träger)			
Jahres- betrag	1981	Jahres- betrag	1981	Jahres- betrag	1981	Jahres- betrag	1981	Jahres- betrag	1981
1 157,8	803,3	1 833,3	1 280,6	245,8	171,3	46,5	32,3	3 283,4	2 287,5
749,9	519,2	543,9	376,5	138,3	95,7	30,1	20,8	1 462,2	1 012,2
	204,9		212,7		30,7		6,6	—	454,9
	113,9		55,7		15,9		4,2	—	189,7
1 907,7	—	2 377,2	—	384,1	—	76,6	—	4 745,6	—
—	1 641,3	—	1 925,5	—	313,6	—	63,9	—	3 944,3

